

Übersicht: Volksbegehren und Finanzen in den Bundesländern 16. Oktober 2017

16.10.2017

Gehen die Bürger/innen verantwortlich mit öffentlichen Geldern um?

- Ein Argument, das gegen den Ausbau der direkten Demokratie seit Jahren ins Feld geführt wird: Die Bevölkerung entscheide zu kurzfristig und vernachlässige komplexe Zusammenhänge. Dies könnte sich – so die Annahme – auch negativ auf die Haushalte von Gemeinden, Ländern oder auf den Bundshaushalt auswirken.
- Um das zu überprüfen hat Mehr Demokratie exemplarisch alle **94 Volksbegehren** (2. Verfahrensstufe) in den Bundesländern betrachtet.
- **Fazit: Die Bürger/innen gehen verantwortungsbewusst mit den öffentlichen Finanzen um.** Bisher ist in Deutschland kein Instrument vorgesehen, das den Bürgern ermöglicht, gegen bereits beschlossene Ausgaben vorzugehen. Am Beispiel Schweiz lässt sich ablesen, dass ein solches „fakultatives Referendum“ tendenziell dazu führen würde, dass die Bürger von den Parlamenten geplante Mehrausgaben eindämmen.

Worauf zielten die Volksbegehren?

- **Knapp ein Drittel (30 Fälle) der 94 Volksbegehren zielte auf Maßnahmen, die Mehrkosten verursachen** würden. Die Mehrzahl davon (18 von 30) war im Bildungsbereich angesiedelt.
- 59 Volksbegehren sahen keine Auswirkungen auf die Haushalte vor.
- 5 Volksbegehren wollten Einsparungen erzielen.

Was waren die tatsächlichen Auswirkungen?

- Nicht alle Volksbegehren waren erfolgreich. Teilweise wurden nicht genug Unterschriften erreicht. Teilweise wurden Kompromisslösungen mit dem Parlament ausgehandelt und dadurch Teilerfolge erzielt. Einige Initiativen erhielten im Volksentscheid nicht die Mehrheit der Stimmen oder scheiterten an Quoren. Betrachtet man nur die Begehren, die tatsächlich abgeschlossen wurden, ergibt sich folgendes Bild:
- **87 Prozent der abgeschlossenen Volksbegehren (= 79 von 91 abgeschlossenen) hatte keine finanziellen Auswirkungen.**
- 11 Prozent der Volksbegehren (= 10 von 91 abgeschlossenen) führten tatsächlich zu Mehrkosten. **Die Mehrzahl der Mehrkosten verursachenden Begehren (6 von 10) war im Bildungsbereich angesiedelt.**

Liste der 10 Mehrkosten verursachende erfolgreiche Volksbegehren

Niedersachsen (1999 - 2002): Nicht kürzen bei den Kurzen. Gegen die vom Landtag im Januar 1999 beschlossenen Einsparungen sowie gegen die Abschaffung des Kita-Gesetzes. Alternativvorschlag: Für Sicherung von Mindeststandards und Finanzierung der Kindertagesstätten.

Ergebnis: Erfolgreich ohne Volksentscheid durch neuen Parlamentsbeschluss.

Brandenburg (1999 – 2000): Für verbesserte Förderung von Musikschulen im Land Brandenburg. Finanzielle Absicherung der 29 Musikschulen im Land (gegen Kürzungen).

Ergebnis: Erfolgreich ohne Volksentscheid.

Sachsen (2001 – 2003): Zukunft braucht Schule. Gegen die von der Landesregierung geplanten Schulschließungen. Zugleich für kleinere Klassen.

Ergebnis: Teilerfolg ohne Volksentscheid.

Hamburg (2002 – 2004): Gesundheit ist keine Ware – Gegen Privatisierung städtischer Krankenhäuser. Gegen die Pläne von CDU, FDP und Schill-Partei, den Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) vollständig zu privatisieren. Alternative: Statt dessen sollten mindestens 50 Prozent der Anteile in der Hand der Stadt bleiben.

Ergebnis: Erfolgreich im Volksentscheid.

Hamburg (2002 – 2004): Mehr Zeit für Kinder. Berufstätige Eltern sollen einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen. Nach Angaben der Initiatoren fehlten in Hamburg 18.000 Kita-Plätze.

Ergebnis: Erfolgreich ohne Volksentscheid durch neuen Parlamentsbeschluss

Hamburg (2003 – 2004): Bildung ist keine Ware – Gegen Privatisierung der Berufsschulen.

Ergebnis: Erfolgreich ohne Volksentscheid durch neuen Parlamentsbeschluss.

Brandenburg (2007 – 2008): Pro Sozialticket. Für die Einführung des Sozialtickets in Brandenburg ab 2008. Das Ticket soll sozial Schwache und Arbeitslose zu verbilligten Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln berechtigen.

Ergebnis: Erfolgreich ohne Volksentscheid durch neuen Parlamentsbeschluss.

Thüringen (2009 – 2010): Für eine bessere Familienpolitik. Gegenstand: Für eine Rücknahme der Mittelkürzungen für Kindertageseinrichtungen. Alternativvorschlag: Die Initiative fordert insgesamt 2.000 zusätzliche Kita-Stellen, um auch in Thüringen bei der Kinderbetreuung europäische Mindeststandards zu erreichen.

Ergebnis: Erfolgreich ohne Volksentscheid durch neuen Parlamentsbeschluss.

Berlin (2012 – 2014): 100 % Tempelhofer Feld – Für vollständigen Erhalt des Tempelhofer Flughafenfeldes. Das Tempelhofer Flughafenfeld soll unverändert erhalten bleiben. Jegliche „Gebäude, Abgrabungen oder Aufschüttungen“ sind untersagt. Nur am Rand des Feldes sollen Sportplätze, Bänke, Sanitäranlagen und Gemeinschaftsprojekte erlaubt sein (indirekt gegen Bebauungspläne).

Ergebnis: Erfolgreich im Volksentscheid

Berlin (2015 – 2017): Flughafen Berlin Tegel - Berlin braucht Tegel. Für einen dauerhaften Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel, gegen die Schließung.

Ergebnis: Erfolgreich im Volksentscheid.

Hinweis: Mehr Demokratie hat die unzureichenden Informationen und nicht ausreichende Vorprüfung im Vorfeld der Abstimmung kritisiert.